Preußischer Landtag.

(Original-Bericht der Saale-Zeitung.)

Herrenhaus.

15. Sitzung vom 17. Mai.

Am Regierungstische: v. Puttkamer, Friedberg, v. Scholz und andere.

Der Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr mit der Mittheilung, daß der Regierungspräsident v. Kamptz, Mitglied des Hauses für das Domstift Naumburg, am 15. d. M. gestorben ist. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht der Kommunalkommission über das Nothkommunalsteuergesetz.

Herr Bredt empfiehlt den Kommissionsbeschluß, den Entwurf unverändert in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung anzunehmen.

Oberbürgermeister Becker bedauert, daß die Kommission keinen schriftlichen Bericht erstattet habe, bei der umfassenden Bedeutung des Entwurfs sei es ihm unmöglich, allen Bestimmungen der Vorlage beizutreten, die zwar durch die Beschlüsse des andern Hauses ihren provisorischen Charakter ganz verloren habe, aber auf der andern Seite nicht weit genug gehe, ja nicht einmal den Kommunen das Recht der indirekten Besteuerung im Rahmen der Landesgesetzgebung beilege. Die Beschlüsse in Anhang der Besteuerung der Eisenbahnen hält Redner für sehr bedenklich und geeignet, eine große Anzahl der Gemeinden besonders in der Rheinprovinz schwer zu schädigen; ebenso die zur Vermeidung der Doppelbesteuerung getroffenen Bestimmungen. Redner bittet um Zurückverweisung des Entwurfs an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung. (Zustimmung.)

Auch Graf zur Lippe kann die Vorlage aus den vom Vorredner entwickelten Gründen nicht gutheißen; da eine gründliche Berathung der Vorlage bei der allgemeinen Geschäftslage nicht mehr möglich sei, hält er für das beste, sie für jetzt zurückzuweisen und von der Regierung die Vorlegung eines andern Entwurfs in der nächsten Session zu erbitten.

Nachdem Struckmann für den Entwurf, besonders im Interesse der neuen Provinzen, sich ausgesprochen, wird der Antrag Becker trotz des Widerspruchs des Referenten angenommen.

Darauf werden noch drei Rechnungsübersichten erledigt und die Novelle zum Zwangserziehungsgesetz nach der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Nach der Tagesordnung sprechen die Herren Graf v. Arnim und v. Kleist-Retzow ihr lebhaftes Bedauern aus, daß die Jagdordnung in dieser Session nicht mehr zu stande kommen werde; dem Herrenhause könne man die Schuld für das Scheitern nicht beimessen.

Minister des Innern v. Puttkamer konstatirt, daß man bei der Unwahrscheinlichkeit einer Verständigung aller Faktoren über die Vorlage auf deren Durchberathung werde verzichten müssen.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.
Tagesordnung: kleinere Vorlagen.
Schluß 3 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

90. Sitzung vom 17. Mai.

Am Ministertische: v. Goßler.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Einziger Gegenstand derselben ist die Berathung des folgenden, vom Abg. Dr. Windthorst gestellten Antrages:

„die Erwartung auszusprechen, die Regierung wolle in Ausführung der vom Hause der Abgeordneten am 25. April 1883 gefaßten Resolution dem Landtage nunmehr baldigst und spätestens in nächster Session den Entwurf eines Gesetzes, betr. die organische Revision der bestehenden kirchenpolitischen Gesetzgebung, vorlegen."

Abg. Dr. Windthorst: Die Session ist ihrem Ende nahe und ich hoffe, sie ist für das Land heilsam gewesen. Nur auf einem Gebiete ist sie fruchtlos geblieben, auf dem kirchenpolitischen Gebiete. Das ist ein Unglück für das ganze Land, denn das religiöse Element durchdringt alle Verhältnisse und besonders das deutsche Volk hat den Ruhm, ein kirchliches Volk zu sein. Im Anfange der Session schon hatte ich eine Anregung dazu gegeben, dem katholischen Volke seine kirchliche Freiheit wiederzugeben. Alle Versuche unsererseits sind aber vergeblich geblieben und eine schmerzliche Enttäuschung hat sich unserer und weiter Kreise der Bevölkerung bemächtigt. Es ist daher vielleicht gut, daß unser Antrag gerade am Schlusse der Session Gelegenheit giebt, die Regierung nochmals um Erfüllung dessen zu bitten, warum sie so oft und eindringlich gebeten worden ist. Wir können vor das Land hintreten und sagen, es ist nicht unsere Schuld, daß wir mit leeren Händen kommen. — Das Haus hat im April 1883 eine Resolution gefaßt, in der sie die Regierung um eine organische Revision der Maigesetze ersuchte. Die Regierung hat dieser Resolution in einer Weise Folge geleistet — es zeigt dies, daß die Regierung nicht gewillt ist, der Noth der Katholiken abzuhelfen. Es ist hier im Hause die Bemerkung gemacht, daß zu solchen Vorlagen eine Verständigung noth sei. Ich sage, die Verständigung ist leicht, wenn die Regierung nicht Ansprüche erhebt, die nicht erfüllt werden können. Ueber die Verhandlungen mit Rom wissen wir ja nichts, wir können nur Muthmaßungen anstellen. Nach meiner Meinung will die Regierung keine Konzessionen machen, sie will das ganze Gerüste der Maigesetze gegen uns aufrecht erhalten. (Sehr richtig! im Centrum.) Das würde die Vernichtung der katholischen Kirche bedeuten und dazu können und wollen weder wir noch der h. Stuhl mitwirken. (Beifall im Centrum.) Es ist zunächst nothwendig, einen geordneten Zustand der Seelsorge wieder herzustellen — das liegt im Interesse des Staates und ist eine berechtigte Forderung des katholischen Volkes. Die Nothseelsorge, die der Staat eingeführt hat, genügt nicht; selbst wenn alle Priester, die sich meldeten, angenommen wären, wäre das Bedürfniß nicht befriedigt. Aber man hat 178 zurückgewiesen mit dem Hinweis, daß sie in Rom und Innsbruck ihre Studien gemacht haben. Dann sind es Anstalten, die unter direkter Aufsicht des heil. Vaters stehen. Das ist ebenso, als wollte man evangelische Geistliche zurückweisen, weil sie unter Aufsicht des berliner Ober-Kirchenraths studiren. (Heiterkeit rechts und links. Beifall im Centrum.) Ja, ganz ebenso, denn ich sage, Ihre Kirchenlehrer untergraben das kirchliche Element, sie lehren Staatsgefährliches! (Heiterkeit.) Man sagt, in Innsbruck lehren Jesuiten. Aber ich glaube, daß bald die Zeit kommen wird, wo man, wie 1848, die geistlichen Missionen wieder herbeirufen wird — die Sozialdemokratie wird den Jesuiten den Weg ebnen! (Widerspruch links.) Dann hat man 120 zurückgewiesen, weil sie die Maigesetze übertreten haben. Wäre es nicht besser, diese Märtyrer ihrer Ueberzeugung zurückzurufen. Ich habe eine Befürwortung dieser Forderung von den Nationalliberalen erwartet. (Heiterkeit.) Die Herren sind ja stets für Zurückberufung politischer Verbrecher — katholischen Geistlichen gegenüber ist's freilich etwas anderes. Das sagte Gambetta, das sagen alle Opportunisten id est die Nationalliberalen. (Heiterkeit.) Und mit diesen Herren will Herr von Rauchhaupt sich jetzt assoziren. (Heiterkeit.) Der Antrag Althaus vom vorigen Jahre forderte das Freigeben der Sakramentspende; die Regierung hat auch diese, in einem civilisirten Staate natürliche Forderung nicht erfüllt. Unser heutiger Antrag will nur die Regierung an die Ausführung jener Resolution erinnern — ich hoffe im Interesse des kirchlichen Friedens auf Annahme dieses Antrages! (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Cynern: Wir haben wiederholt erklärt, daß wir die Initiative zur Herbeiführung des Friedens in Bezug auf den geeigneten Zeitpunkt der Regierung überlassen, wiewohl wir zur Herbeiführung des Friedens gern unsere Hand reichen. Wir werden also gegen diesen Antrag, schon um seiner allgemeinen Fassung willen, stimmen. — Der Vorredner hat gemeint, die berliner Kirchenlehrer untergraben das Christenthum. Den Beweis aber ist er schuldig geblieben.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Die Erklärung der nationalliberalen Partei hat uns nicht überrascht, wir sind seit 13 Jahren daran gewöhnt. Wenn die Partei die Initiative der Regierung erwartet, so gerirt sie sich auch als Regierungspartei für die Zukunft. (Heiterkeit.) Ich wünschte, daß diese heutige Verhandlung ein klares Bild von den Zuständen giebt. Es muß sich zeigen, auf wen wir rechnen können oder ob wir überhaupt auf jemand rechnen können. Sind wir allein, ganz allein, so wird das den Muth unserer Partei nur noch stählen! (Lebhafter Beifall im Centrum.) Als Abg. Windthorst neulich seine Resolution im Reichstage einbrachte, erhob Herr Stöcker Kompetenzbedenken. Ich bin begierig zu hören, was er heute sagen wird. Das katholische Volk ist geknechtet, die Bischöfe an Händen und Füßen gebunden. Wo überhaupt die Regierung uns entgegengekommen, ist es im Interesse des Staates, nicht der Kirche geschehen. (Sehr richtig! im Centrum.) Man hat die politischen Verbrecher von 1848 begnadigt, aber die Geistlichen, die gegen die Maigesetze verstoßen haben, werden mit aller Strenge verfolgt. In der Diözese Trier hat man eine alte Frau (Hört, hört! im Centrum) zur Strafvermeisterei geschleppt, um von ihr zu erfahren, wo ihr Sohn, der ein abgesetzter Geistlicher ist, sich aufhält. Im Schulwesen hat sich vieles gebessert, das erkenne ich an, aber auf dem Gebiete der Schulinspektion bestehen noch sehr bedenkliche Erscheinungen. Wir haben oft auf die Gefahren hingewiesen, welche der Kulturkampf für Staat und Gesellschaft mit sich bringt. Man hat uns zwar vorgeworfen, wir schlagen aus der Sozialdemokratie Kapital. Aber im Reichstage konnte die Regierung nicht genug Worte für die Gefahr der Sozialdemokratie finden. Die Sozialdemokratie und der Atheismus sind die Konsequenz der „modernen Wissenschaft" (Heiterkeit links) oder besser des modernen Heidenthums. Im Reichstage hat der Minister des Innern betont, daß die Bekämpfung der Sozialdemokratie auf kirchlichem Boden erfolgen müsse. Und jetzt votirt man gegen uns, da wir diese Forderung erfüllen wollen. Fürst Bismarck und Abgeordneter Bebel haben gemeint, auch in katholischen Landen herrsche die Sozialdemokratie und der Anarchismus. Aber welchen Theorien sind denn dort die Anarchisten entsprungen? Dem Nationalismus, dem Josefinismus, dem Getriebe der Freimaurerlogen! (Große Heiterkeit.) Und hat Voltaire seine scheußlichen Theorien etwa aus dem katholischen Katechismus abgeschrieben? (Beifall im Centrum.) Man weiß eben, daß wir Katholiken stets friedlich bleiben, deshalb schlägt man uns und faßt die Revolutionäre mit Glacehandschuhen an. Herr v. Rauchhaupt hat neulich in einer Versammlung Vorwürfe gegen das Centrum erhoben und sich mit dem Heidelberger Programm einverstanden erklärt. (Abg. von Hammerstein ruft: Ist unrichtig!) Ja, das mag sein, aber dann ist es wunderbar, daß dieser falsche Bericht in der „Kreuz-Ztg." erschienen ist. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, welche Folge diese Umarmungen haben werden; wir werden ja sehen, wenn sich Konservative und Nationalliberale in den Armen liegen, wer vor Schmerzen und wer vor Freuden weinen wird. (Große Heiterkeit.) Man liebt das Spiel mit den zwei Majoritäten — das Centrum aber wird bei diesem Spiele nicht mitthun. (Rufe links: Na, na!) Wir müssen freilich nach solcher Aeußerung die Angriffe der Offiziösen erwarten, wie damals nach unserem Antrage betr. das Sperrgesetz. — In Münster hat man zwei protestantische Beamte in einer katholischen Kirchenbehörde angestellt. Sie sehen, unter welchen Gesetzen und unter welcher übelwollenden Anwendung derselben wir stehen. Die Regierung läßt es auch ruhig geschehen, daß in Italien die katholischen Propagandabücher konfiszirt werden, während früher wiederholt vom auswärtigen Ministerium Einspruch gegen die italienische Regierung wegen ihres Auftretens gegen den Papst erhoben worden. Wenn das geringste Standesinteresse gefährdet erscheint, so erhebt sich Lärm, hier, wo die heiligsten geistigen Interessen verletzt sind, schweigt Alles. Uns freilich macht das nicht muthlos, denn wir wissen, unsere Kirche wird den Sieg haben. Ich erwarte freilich, Sie werden unserem Antrage nicht zustimmen, denn Sie haben Furcht vor der katholischen Kirche. Wir werden dann ernster kämpfen, unsere Parole muß sein „Durch Kampf zum Sieg." (Beifall im Centrum.)

Minister v. Goßler: Die letzte Rede hat gezeigt, daß man über den Rahmen des Antrages hinausgehen will. Beide Redner der Centrumspartei haben dem katholischen Volke klar machen wollen, daß die Regierung die Schuld an den Zuständen trägt. (Beifall links.) Die Regierung hat den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachtet, die gewünschten Vorlagen einzubringen, der Antragsteller kann auch heute nicht erwarten, daß die Regierung erkläre, in sechs oder in zwölf Monaten werde sie diese Vorlage einbringen Sie wäre keine Regierung mehr, wenn sie durch diesen Antrag sich zu solchem Zugeständniß zwingen ließe. (Beifall.) Ich kann nur wiederholen, was ich in voriger Session schon gesagt habe. Die Regierung muß sich klar werden, ob sie bei geeigneten Zeitpunkte mit oder ohne Mitwirkung der Bischöfe eine organische Revision der kirchenpolitischen Gesetze vornehmen könne. Abg. Windthorst meint, er wisse nicht, wie die Verhältnisse jetzt liegen; wie kann er denn aber, wenn er selbst sich nicht klar über die Sache ist, eine Erklärung von uns verlangen? (Beifall links.) Wenn wir die Möglichkeit hätten, von Rom die gleiche Behandlung zu erfahren wie die anderen Staaten, so wäre eine gesetzliche Einigung sehr erleichtert. Als die Regierung die Nothseelsorge einführte, waren bald 12—1300 Pfarren zur Seelsorge berechtigt. Die Sperren sind aufgehoben, die Diözesen mit zwei Ausnahmen besetzt, überall ist Abhilfe geschaffen, und da meint der Herr Vorredner, daß das alles nur geschehen ist aus Gegnerschaft gegen die katholische Kirche. (Hört, hört! links.) Man wirft der Regierung vor, daß sie die früher bestraften Geistlichen nicht anstelle. So liegt es nicht, nur muß vorher das Maß ihrer Schuld festgestellt werden, bevor sie Anstellung erhalten. — Bei der Anstellung verlangen wir nur, daß die Anstellung Suchenden drei Jahre in dem Lande studirt haben, in dem sie anstiren wollen. Ich hätte gewünscht, daß man sich beschwert, wenn Mißgriffe irgendwo geschehen. Es ist aber nicht hübsch, wie die Sachen stets zu verschweigen und dann hier vor dem Lande auszuspielen. (Beifall rechts.) Ich kann versichern, daß die Regierung an ihrem Programm festhält, daß sie ihrer Verantwortung sich bewußt ist und sich freuen würde, wenn sie bald eine friedliche Einigung schaffen könnte. Die Grundlage hierzu herbeizuführen, könnten am besten die Herren Windthorst und Schorlemer erreichen. (Lebhafter Beifall links und rechts.)

Abg. Graf v. Limburg-Stirum: Meine politischen Freunde stehen auf dem Boden der Resolution vom 25. April 1883. Welcher Eindruck aber würde erregt werden, wenn wir den vorliegenden Antrag annehmen? Der Eindruck, daß die Regierung es verschmmt habe, bisher im Interesse der katholischen Bevölkerung zu wirken. Dem ist aber nicht so, denn die Regierung ist bemüht gewesen, Abhilfe zu schaffen; die Hindernisse, die sich der Ausführung entgegengestellt haben, sind nicht seitens der Regierung erhoben worden. Es würde uns mit Recht verübelt werden, wenn wir uns ohne Kenntniß des Aktenmaterials über die Verhandlungen ein Urtheil erlauben wollten, ob jetzt der geeignete Zeitpunkt eingetreten. Da wir glauben, daß eine Resolution wirksamer ist als die Rede eines Abgeordneten, haben wir eine Resolution entworfen, die in dem Antrage auf Uebergang zur Tagesordnung gipfelt. (Beifall rechts.)

Die von der konservativen Partei eingereichte Resolution lautet:

„In Erwägung, daß in der Resolution vom 25. April 1883 die Regierung bereits aufgefordert ist, falls die mit der Kurie schwebenden Verhandlungen einen Erfolg versprechen, einen Entwurf wegen organischer Revision der kirchenpolitischen Gesetze vorzulegen, in ferner Erwägung, daß nach der Erklärung der Regierung dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, geht das Haus zur Tagesordnung über."

Abg. Dr. Mosler führt aus, daß die vorjährige Juligesetzgebung die Schäden der Maigesetze nicht beseitige, auch würden dem katholischen Kirche nicht löffelweise geben, was man ihr mit einem Male genommen. Die katholischen theologischen Fakultäten Preußens und Deutschlands ermöglichen, selbst wenn sie gut und vollständig besetzt sind, nur ein beschränktes Studium, deshalb müssen die katholischen Theologen auch außerdeutsche Universitäten besuchen dürfen. Es thut eine Reform in großem Stile Noth, eine kleine kann nichts nützen! (Beifall im Centrum.)

Abg. Richter (Hagen): Der vorliegende Antrag hat den Charakter einer Interpellation. Allgemein hat man den Eindruck, daß der jetzige kirchenpolitische Zustand nicht haltbar ist. Wir leben in einem Provisorium und das ist stets das drückendste. Man hat die Gesetzgebung nicht aufgehoben, sondern hilft sich mit Dispensen, für die ja die Regierung ihre Grundsätze haben wird, die das Volk aber nicht versteht. Es zeigt sich wieder wie schlimm es ist, kirchenpolitische Gesetze diplomatisch zu behandeln (Beifall im Centrum), die Folge mußte sein Opposition auf allen Gebieten (Beifall im Centrum). Wanderbar ist es nur, daß das Centrum trotzdem mit den Konservativen eine Jagd ordnung gemacht und auch beim Unfallgesetz mit dem Fürsten Bismarck geht. (Beifall). Wir sind durchaus für organische Revision der Maigesetze. Ich habe seinerzeit einen Antrag wegen der Freigebung der Sakramentsspendung gestellt, er wurde abgelehnt. Da hat Abg. Althaus dem Centrum den Blumenstrauß der Resolution — der Strauß ist inzwischen verwelkt der Mai ist wieder gekommen und das Centrum verlangt einen neuen Strauß. Aber man will die Blumen nicht pflücken lassen. (Heiterkeit). Die Resolution war ein Wechsel ohne Zahlungsfrist oder vielmehr es war nur ein Wechselformular (Große Heiterkeit). Formale Gründe haben uns damals bewogen, gegen die Resolution zu stimmen, formale Gründe veranlassen uns auch heute dazu. Was soll organische Revision heißen? Die Konservativen verstehen darunter vielleicht Aufhebung der Civilehe — da können wir doch nicht zustimmen. An wen ist die Resolution gerichtet? An die Staatsregierung. Wer ist denn diese? Doch nicht Herr v. Goßler allein; aber wer denn noch? Gehört Fürst Bismarck noch dazu? Jedenfalls aber bedeutet dieser Antrag aufs neue ein Vertrauensvotum für die Regierung und zu einem solchen liegt kein Anlaß vor. (Beifall links).

Die Diskussion wird geschlossen.

Abg. Dr. Windthorst: Die Diskussion hat gezeigt, daß eine mündige eine Aenderung des bestehenden Zustandes erwünscht wird. Das ist für die nationalliberale, für die konservative, für die freisinnige Partei geschehen. Nur die freikonservative Fraktion hat sich in Schweigen gehüllt; trotzdem möchte ich auch diese Partei von der Einmüthigkeit nicht ausschließen. Diese Einmüthigkeit erfüllt mich mit der Hoffnung, daß bei einer Initiative der Regierung das Haus zu einer Revision bereit sein wird. — Der Herr Minister hat erklärt, daß die Regierung bei ihren früheren Erklärungen stehen bleibt. Ich aber kann nur wiederholen, daß es an der Unbeugsamkeit der Regierung gegenüber dem Heiligen Stuhle liegt, wenn Fortschritte in der Einigung noch nicht gemacht sind. Die Kirche darf die Leitung ihrer Verhältnisse nicht aus der Hand geben; wird diese Forderung von der Regierung konzedirt, so wird die weitere Einigung leicht sein. Im andern Falle macht sie jede Einigung unmöglich. — Abg. von Schorlemer hat gezeigt, wie die Stimmung der katholischen Bevölkerung gegenwärtig ist; wenn die Regierung in den einzelnen Fällen Abhilfe schafft, wird es mit hochwillkommen sein. Der Hinweis auf das Unrecht gegen die Propagandabücher entsprach dem Gefühle aller Katholiken. Der Herr Minister hat gemeint, es seien doch viele Fortschritte auf dem Gebiete der kirchlichen Verwaltung gemacht worden. Ganz recht, ich habe auch nur gesagt, daß auf dem Wege der Gesetzgebung in dieser Session nichts erreicht worden. Ich hatte gehofft, der Minister würde sagen, daß wir zu Konzessionen nun doch bereit sind, so bedauligen wir die ganze Gesellschaft (Heiterkeit), statt dessen kommt die Mosaikarbeit, die nur Stückwerk bleibt. Eine schwere Beleidigung des Heiligen Stuhls aber ist es, wenn man das Studium in Rom und in Innsbruck nicht für genügend hält und angesichts der Seelsorgernoth 170 Kräfte aus dem Lande jagt! (Beifall im Centrum.) Ich beklage tief, daß die konservativen Herren Uebergang zur Tagesordnung beantragt haben. Ich habe geglaubt, die Resolution von 1883 sei von den Konservativen ernst gemeint gewesen. — Sie können also meinen Schmerz begreifen, wenn ich durch den Antrag des Abg. v. Limburg-Stirum, den ich zu meiner Freude wieder gesehen im Hause sehe (Heiterkeit), in meinem Glauben so getäuscht werde. Mein Antrag soll nur ein Exzitatorum sein, kein Mißtrauensvotum und Abg. Richter hat sogar ein Vertrauensvotum in meinem Antrage erblickt. Ich freue mich, daß Abg. Richter für seine Freunde im allgemeinen uns seine Unterstützung zugesagt hat. Mein Antrag will nur die Initiative der Regierung in Bewegung setzen. Durch Annahme desselben engagirt sich niemand. Und deshalb bitte ich Sie um Annahme meines Antrages! (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Die Resolution der konservativen Partei wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt, ebenso und zwar in namentlicher Abstimmung mit 168 gegen 116 Stimmen der Antrag Windthorst. Dafür stimmten das Centrum, Polen, von den Konservativen die Abgg. v. d. Reck, Sack, v. Gerlach, v. d. Marwitz.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.

T.-O.: Bericht über den Bau eines neuen Geschäftshauses für die Abgeordneten, Petitionsberichte.

Schluß 4 Uhr.

Parteitag der nationalliberalen Partei.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

* Berlin, 18. Mai.

Im großen Saale des Architektenhauses wurde mittag 12 Uhr die Versammlung eröffnet. Es waren etwa 500 Mitglieder anwesend.

Als erster Vorsitzender fungirt Staatsminister a. D. Hobrecht, als zweiter und dritter Vorsitzender Kiefer (Baden) und v. Wolff (Stuttgart), als Schriftführer Meyer-Jena und Holtzmann.

Vorsitzender Hobrecht: Im Namen des Centralausschusses unserer Partei heiße ich die Erschienenen willkommen und ersuche Sie um Wahl des Präsidiums.

Auf Antrag Stephani (Leipzig) wird Herr Hobrecht durch Acclamation unter lebhaftem Beifall zum Vorsitzenden gewählt, worauf das Bureau sich, wie oben angeführt, konstituirt.

Vorsitzender Hobrecht: Der Gedanke eines nationalliberalen Parteitages in Berlin wurde nach Eröffnung des Reichstages angeregt. Man mußte jeden Augenblick infolge der drohenden Auflösung des Reichstages zu Neuwahlen gerüstet sein. Am Tage der Reichstagseröffnung wurden wir durch die Vereinigung der Sezessionisten mit der Fortschrittspartei überrascht. Wir, die wir als Abgeordnete der Nationalliberalen hier vereint, waren vornhinein überzeugt, daß wir nach jeder Seite hin eine selbstständige Partei bleiben mußten. (Beifall.) Wir beschlossen den Parteitag für Berlin, denn wir sagten uns, nur Zusammenhalten der Partei kann uns dienlich sein. Die erste Bestärkung in dieser Anschauung gaben uns die Parteitage in Heidelberg und Neustadt. Unsere Gegner und falschen Freunde verkündeten einen Riß inner-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18840520029/fragment/page=0001

halb unserer Partei — der heutige Tag soll die falschen Propheten zu Schanden werden lassen. (Beifall.) Wenn dieser Tag zeigt, daß wir mit dem Gefühle der Sicherheit aussprechen, wir vertreten weite Kreise der Bevölkerung, wenn wir nicht nach rechts und links blicken, dann hat der heutige Parteitag seinen Zweck erreicht zum Wohle der Partei und ich glaube, auch des Vaterlandes. (Beifall.) Unsere Partei hat auch in den Einzellandtagen große Ziele, aber sie hat mit verschiedenen Gegnern zu kämpfen. In der preußischen Monarchie hat unsere Partei besonders die Autorität des Staates gegen hierarchische Uebergriffe zu vertheidigen. Trotzdem sind wir zu Aenderungen auch auf diesem Gebiete bereit, wenn genügende Garantien von anderer Seite gegeben sind. Im Reichstag haben wir gemeinsame Ziele; was unsere Stellung zur Armee betrifft, will ich nur auf die Rede Miquels in Neustadt hinweisen — sie kennzeichnet unseren Standpunkt genügend. (Beifall.) Gegenüber dem Militärpensionsgesetze haben wir die Forderung aufgestellt, daß die absolute kommunale Steuerfreiheit der Offiziere beschränkt werde; ich hoffe, eine Einigung mit der Regierung wird zu stande kommen. Was die Zollfragen betrifft, so hat sich immer die Richtigkeit unseres Programms von 1881 bewährt, daß wir die Fragen Schutzzoll oder Freihandel nicht zu Parteifragen machen. (Beifall.) Wir wollen an dem Zolltarif von 1879 festhalten und Aenderungen von einer oder der anderen Seite widerstreben. (Beifall.) Von all den Verheißungen, mit denen jetzt um die Gunst der kleinen Grundbesitzer geworben wird, ist die praktischste die, daß man die Grundlasten den Kommunen zuwälzen will. Das wird früher oder später geschehen müssen. (Beifall.) Aber die Mittel dazu sind noch nicht da. — Unsere Hoffnung, daß von den Bewilligungen der Matrikularbeiträge größere Quoten zur Entlastung der Einzelnen verwendet werden könnten, hat sich nicht erfüllt. Hier ist nicht der Ort zu Steuerprojekten, aber Herr v. Bennigsen, den wir zu unserer Freude hier sehen (Lebhafter Beifall) hat schon vor Jahren eine Mehrbesteuerung der Rübenzuckerindustrie befürwortet. — Ich komme zu den sozialpolitischen Aufgaben der Session. Unsere Partei hat dem Sozialistengesetze einmüthig zugestimmt, nicht freudig, aber mit Berücksichtigung der Verhältnisse. Das Gesetz soll ein vorübergehendes sein, kein bleibendes. Wer da meint, das Gesetz habe keinen Erfolg gehabt, verkennt das Wesen des Gesetzes. Die Polizei kann die sozialistischen Lehren nicht völlig vernichten, sonst müßte sie — unserem Kulturzustande entgegen — die Träger jener Ideen vernichten. Es war ein Ausnahmezustand, den man 1878 vor Augen hatte, eine in den Arbeiterkreisen verbreitete Gemüthskrankheit. Dieser Zustand war durch exceptionelle Vorgänge herbeigeführt. Wir müssen uns erinnern, daß in der Mitte unseres Jahrzunderts das Verkehrsleben eine Umwandlung erfahren hat, wie nie zuvor. Die Ausbeutung des Dampfbetriebes hat gewaltig andere Verhältnisse geschaffen, die in einer knappen Spanne Zeit überwunden werden mußten. Die Arbeiterbevölkerung war vor jener Wandlung thatsächlich an die Scholle gebunden. Das änderte sich plötzlich, die Freizügigkeit, die Wilhelm des Krieges kam hinzu, und nun benächtigte sich eine kolossale Spekulation der Arbeiter; sie wurden von Nord nach Süd, von Ost nach West versetzt, sie bekamen große Geldsummen in die Hand. Da kam der Krach und machte sie brodlos. Und diese abnormen Zustände hatte man 1878 vor Augen, als man das Gesetz einbrachte. Die Gefahr eines Mißbrauchs diskretionärer Polizeivollmacht war geringer, als die jener abnormen Zustände. (Beifall.) Den Vorwurf der reaktionären Neigung für Polizeivollmacht brauchen wir nicht zu fürchten. Damals war, wenn das Gesetz nicht gekommen wäre, die ganze Verfassung in Frage gestellt worden. Seit damals hat die Regierung die Aufgabe übernommen, sozialpolitische Reformen durchzuführen. Unsere Partei hat dazu Stellung genommen und ich glaube, sagen zu dürfen, sie wird es in gleicher Weise auch in Zukunft thun. (Beifall.) Es handelt sich um eine Reihe großerer Aufgaben, die wir zu lösen begonnen haben. In einer der letzten Sitzungen hat der Reichskanzler die Zahl der Probleme noch um eines vermehrt: das Recht auf Arbeit. Es ist unzweifelhaft, daß ihm der Gedanke an die verhängnißvolle Deutung dieser Losung seitens der Sozialdemokratie fernegelegen hat. Wir müssen uns demgegenüber die volle Unabhängigkeit wahren. Wir halten dafür, daß unsere Grenze nach links und rechts sehr scharf gezogen ist, daß die Gewerbefreiheit nicht weiter beschränkt werden darf, als es das Gesammtinteresse fordert. (Bravo!) Was uns nach der andern Seite scheidet, ist die Auffassung unserer Stellung zur Regierung. Wir haben uns bei keiner Opposition zu einer persönlichen Opposition gegen den Reichskanzler verleiten lassen (Beifall), wir werden nie vergessen, was wir Fürst Bismarck verdanken (Beifall) und ich glaube, daß wir dabei die Bevölkerung hinter uns haben! (Lebhafter Beifall.)

Herr v. Venda (mit lebhaftem Beifall begrüßt) verliest die von dem Parteitage zu beschließende Erklärung und wird dabei wiederholt von Beifall unterbrochen. Die Erklärung ist einstimmig von den nationalliberalen Parteien des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses beschlossen worden.

Erklärung
des allgemeinen Parteitages der nationalliberalen Partei zu Berlin am 18. Mai 1884.

Die nationalliberale Partei hält an der Grundlage des Programmes vom 29. Mai 1881 fest; sie steht in unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich, sowie zu der ungeschmälerten Aufrechterhaltung der durch die Reichsverfassung verbürgten Rechte der Volksvertretung.

Sie wahrt ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit nach allen Richtungen hin; die Verschmelzung mit anderen Parteien ist bei der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse ausgeschlossen.

Sie begrüßt mit lebhafter Befriedigung die auf dem Boden jenes Programmes stehende Heidelberger Kundgebung süddeutscher Parteigenossen vom 23. März d. J.

Sie erblickt in derselben und in dem Anklange, welchen die Erklärung in den weitesten Kreisen gefunden, den erfreulichen Beweis für das in der Partei mit neuer Kraft erwachte politische Leben und für die Entschiedenheit und Energie, mit welcher die Parteigenossen in die Bewegung für die bevorstehenden Reichstagswahlen einzutreten entschlossen sind.

Mit den nationalliberalen Landesparteien Süddeutschlands theilt die Partei die Ueberzeugung, daß die Aufrechterhaltung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie zur Zeit noch eine Nothwendigkeit war.

Um so mehr erachtet sie es aber für geboten, die Reichsregierung in ihren auf die Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen gerichteten Bestrebungen, vorbehaltlich einer sorgfältigen Prüfung der einzelnen Maßregeln, mit allen Kräften zu unterstützen. Sie wird vor allem dafür eintreten, daß das Unfallversicherungsgesetz noch im Laufe dieser Session zustande kommt. —

Sie erwartet seitens der Gesinnungsgenossen in allen Theilen Deutschlands die gleiche Entschiedenheit und jene, den Gegensatz örtlicher Interessen überwindende Einigkeit, welche den Erfolg verbürgt.

Sie fordert aller Orten die Parteigenossen auf, sich zu sammeln und bei den bevorstehenden Wahlen mit voller Hingebung ihre politische Pflicht zu erfüllen.

Es kommt in dieser Erklärung nur auf das Zeugniß an, daß wir daßelben in vollem Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit, in verjüngter Kraft, in vollster Einmüthigkeit, in alter Treue zu Kaiser und Reich. (Beifall.) Die Erklärung verlangt, daß wir Alle bei den Wahlen unsere Pflicht thun. Wir sind hier zusammen, um uns das Gelübde zu geben, daß wir im Interesse unseres theuren Vaterlandes Opfer und Kampf aufnehmen. Mit diesem Gelübde wollen wir uns die Hand zu unerschütterlichem Zusammenhalten! (Lebhaftester Beifall.)

Herr v. Bennigsen (mit Hochrufen und minutenlangem Beifall begrüßt, alles erhebt sich von den Sitzen): Der freundliche Empfang beweist mir, daß ich Recht gethan zu erscheinen. Wenn ich sehe, wie zahlreich Sie erschienen und welch einmüthige Stimmung unter Ihnen herrscht, bin ich doppelt erfreut, mit Ihnen hier berathen zu können. Gegner und falsche Freunde haben gemeint uns zerschlagen und nach verschiedenen Seiten vertheilen zu können. Die Einmüthigkeit unserer Vorgehens wird zeigen, wie unbegründet diese Meinung ist. (Beifall.) Als die erste große schöpferische Zeit unserer Partei vorüber war, mußte ein gewisser Rückschlag naturgemäß eintreten. Nachdem so große Aufgaben in nationaler und liberaler Weise gelöst worden, mußten natürlich andere Interessen zur Geltung kommen. Soll es nun aber auf die Dauer so weiter gehen wie jetzt, daß die Parteien sich zerfleischen, daß gar keine Majorität der Regierung gegenüber steht? Gerade der jetzige Zustand zeigt, wie nothwendig unsere Partei. (Beifall.) Der Vorzug unserer Partei liegt darin, daß sie höhere Aufgaben hat, als andere Parteien. Alle Berufe, alle Klassen, alle Interessen sind in unsrer Partei vertreten. Wie ists nun bei den anderen Parteien? Das Centrum ist überhaupt keine politische Partei, alle Interessen werden dort nach kirchenpolitischen Grundsätzen beurtheilt — das ist eine Gefahr für das Parlament. Die Altkonservativen wurzeln in den Ueberlieferungen der Konservativen Ostpreußens; ihre Interessen sind nur aus den Verhältnissen des östlichen Preußens zu verstehen. So hat auch die Fortschrittspartei die Wurzeln ihrer Anschauung, ihrer Interessen und Taktik in den Verhältnissen des östlichen Preußens und der Konfliktszeit. Wenn unsere alten Freunde sich nun jetzt der Fortschrittspartei anschlossen, so ist unsere Partei gerade jetzt so nothwendig, daß wäre sie nicht vorhanden, sie begründet werden müßte (Beifall). Und da verlangt man, wir sollten diese Partei auflösen! Wir wollen gerade jetzt unserer Partei von neuem Aufschwung geben; die Gegner, die uns schon todtgesagt, sollen sich noch wundern. (Lebhafter Beifall.) — Soweit es möglich ist, in allgemeinen Sätzen sich klar auszusprechen, thut es die heute hier verlesene Erklärung. Die heidelberger Erklärung ist gleichfalls nur eine Wiederholung des alten Programms mit Berücksichtigung der jetzigen Zustände. (Beifall.) Gegenüber den sozialpolitischen Aufgaben weichen wir von der Fortschrittspartei ab, ich meine besonders in Bezug auf die in der kaiserlichen Botschaft formulirten Aufgaben. Auch die Fortschrittspartei will für das Wohl der ärmeren Klassen sorgen, ich erinnere Sie nur an die Verdienste Schulze-Delitzsch. (Beifall) nach meiner Auffassung liegt der Unterschied darin, daß jene Partei nicht anerkennen will, daß der Staat die Rechtspflicht hat, Abhilfe zu schaffen. Wenn wir den Kanzler unterstützen auf einem Gebiete, wo man sich nicht scheuen soll, auch Zwang anzuwenden, so freue ich mich von Freund Hobrecht gehört zu haben, daß mit Hilfe unserer Partei das Unfallgesetz zu stande kommen wird. Eine so bedeutende Aufgabe ist noch von keinem europäischen Gesetzgeber gelöst worden. Ich freue mich der Mitarbeiterschaft unserer Partei um so mehr, als ja vieles in der Vorlage ihren Wünschen nicht entsprechen wird. Aber es ist doch eine ganz neue Aufgabe und kann nicht gleich alles aufs beste und nach dem Wunsche jeder Partei gelöst worden. (Beifall.) Das ist der Unterschied unserer Partei von den mehr links stehenden Parteien. Auch bei der Berathung der Verfassung zeigte sich das und wir haben das Verdienst, diese Aufgabe erfüllt zu haben ohne Rücksicht auf liberale Doktrinen anderer Länder. Wir hatten es mit einem Staatsmanne zu thun, der sich an keine Doktrin hält, ob wir etwas schaffen, was schon dagewesen ist oder nicht, war ihm ganz gleich. So mächtig war die Persönlichkeit und Bedeutung des Kanzlers, so mächtig das monarchische Prinzip, daß man sagen mußte, wir müssen zustimmen, wenn auch nicht alles dem Ideale eines konstitutionellen Staates entsprach (Beifall.) Damals wurden wir von den mit aller Bequemlichkeit links stehenden Parteien arg geschmäht — heute wird man uns wohl darüber sein, daß wir soviel Resignation übten und unter Dach und Fach brachten, was uns erhalten konnten (Beifall.) Wir haben ziemlich alles hineingebracht, was von liberalen Forderungen zu wünschen war. Wir sagten, wir bringen zu Stande, was unter den gegenwärtigen Zuständen zu erreichen ist (Lebhafter Beifall.) Der zeitweise Mißmuth Bismarcks gegenüber dem Parlamente ist psychologisch leicht erklärlich; ein Mann von so eminenter Bedeutung ist naturgemäß in gewöhnlichen Verhältnissen kein bequemer Minister (Heiterkeit), aber wir müssen das tragen im Hinblick auf die gewaltigen Leistungen, die wir ihm verdanken (Lebhafter Beifall). Aber wir müssen uns auch an den Gedanken gewöhnen, daß die leitenden Männer, Kaiser Wilhelm, Fürst Bismarck, Graf Moltke einmal scheiden müssen. Wir müssen sorgen, daß auch dann die Einheit Deutschlands gesichert bleibt Parteien sind doch nur das Werkzeug des Volkes. Wenn aber die Parteien gegenseitig nur ihr eigenes Interesse verfolgen, so gefährdet das Parteiwesen das Vaterland. Die Zustände in Deutschland sind noch neu, wir müssen sorgen, daß wir jeder Katastrophe gewachsen sind. Nicht immer werden sich die Verhältnisse so glücklich gestalten wie 1870/71 — das dürfen wir nicht vergessen. Die Parteien müssen stets das allgemeine Wohl des Landes vor Augen haben und deshalb die leidenschaftliche Bekämpfung der Gegenparteien aufgeben. Unsere Partei hat in einzelnen Punkten gemeinsame Aufgaben mit der deutsch-freisinnigen Partei; die Rechte der Volksvertretung, die wir geschaffen, vertheidigen auch jene. Von all den großen öffentlichen Institutionen Deutschlands ist das Parlament die jüngste. Es hat sehr große Rechte, aber gegenüber den althistorischen Mächten der Monarchie und des Beamtenthums darf es nicht vergessen, daß es in seinen Aeußerungen und Beschlüssen das Ansehen des Parlaments wahrt, das Vertrauen zum Parlament wach hält. Daß dieses geschieht, dazu wollen wir mitwirken, dazu werden wir noch lange berufen sein. Ich will Sie nur noch bitten, den Entschluß wach zu halten, daß wir die heutige Einmüthigkeit auch bethätigen daheim und bei den Wahlen, daß wir, wenn wir gestärkt in das Parlament treten, wir unsere Selbständigkeit wahren, auch der Regierung gegenüber, daß wir aber auch die Regierung unterstützen, soweit es angeht. (Langanhaltender, sich immer wiederholender Beifall.)

Herr Kiefer (Baden) dankt als Süddeutscher den Vorrednern für ihre Bemtheilung des heidelberger Programms. Der Titel nationalliberale Partei ist ein Ehrentitel, den Aufgaben der Partei getreu zu sein, ist die Pflicht der Partei auch in den Einzelstaaten. Wir Süddeutsche stehen nicht wie Sie auf dem Boden eines großen Staates, wir haben als Großes, als Ganzes nur das Reich. (Lebhafter Beifall.) Die Aeußerung, der Herr Windthorst sich erkrechte gegen unsere Partei, hat in Süddeutschland gezündet; der Süddeutsche weiß, daß allein im geheiligten Namen des Reiches seine Zugehörigkeit zu einem Großen besteht! (Lebhafter Beifall.) Dieser Gedanke hat uns in Heidelberg zusammengeführt. Herr v. Bemtigsen hat uns heute den Punkt gezeigt, auf dem wir zusammenhalten müssen! Er hat das stets gethan und deshalb folgen wir, daß wir ihn bald wieder in unserer Mitte sehen! (Lebhaftester Beifall). In den süddeutschen Herzen lebt die Liebe und Verehrung zu dem Kaiser, dem Horte gegen den Partikularismus (Lebhafter Beifall) und die Liebe und Dankbarkeit zu dem Fürsten Bismarck, dessen gewaltige Thaten uns unvergessen bleiben! Wir erkennen die Nothwendigkeit der Sozialreform an und begrüßen, daß der Reichskanzler in die Hand genommen, was nicht der Einzelne, nicht der Kleinstaat, sondern nur ein großes Reich ausführen kann. Deutschland allein, wenn es mit sicherer Hand geführt wird, kann die soziale Aufgabe lösen — das wird eine Zurückdrängung der Anarchie bedeuten. (Beifall.) Lassen Sie sich nicht durch Herrn Bamberger und andere Systematiker des laisser aller bestimmen. Wir haben andere Zustände und Menschen als früher, wir haben darin aber auch eine Ausfaat gefährlicher Probleme. Deshalb gilt es ernst zu sein im Interesse des Vaterlandes. — Das Heidelberger Programm ruht auf dem älteren nationalliberalen Programm. Wir wollen den Gegnern beweisen, daß wir noch auf der alten Straße wandeln, welche ist der Mittelpunkt der Interessen des Vaterlandes. Ich verlange keinen Heroenkultus dem Reichskanzler gegenüber. Der Reichstag ist der zweite Fels des Reiches, lassen Sie uns im Reichstage in ehrlicher Kritik, nicht in fruchtloser Hyperkritik arbeiten. Wir wollen arbeiten im Namen des Reiches, des Kaisers, des Patriotismus. Lassen wir alle partikularistischen Regungen zurückweichen — man wird uns danken und sagen: mit dieser Partei zu kämpfen, ist ein Segen! (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Hobrecht verliest einen Glückwunsch von Otto Elben (Stuttgart).

Oberstlieut. v. Wolff-Stuttgart (lebhaft begrüßt): Der Heidelberger Parteitag ist von der Deutschen Partei in Würtemberg froh begrüßt worden; die Partei hat sich dem Heidelberger und Neustädter Programm angeschlossen. Die Deutsche Partei ist eine nationale, rückhaltslos unabhängig und wurzelt in dem Bürgerthume. Radikale Elemente sind ausgeschlossen, sie prokiamirt nicht akademisch, was sie ist, sondern sagt, was sie praktisch für das Volk thun will. Und darin begegnet sie sich mit der Sozialreform der Regierung. — Das Programm der Partei ist das positive Schaffen. Die Frucht des heutigen Tages aber sei: „Auf der ganzen Linie avanciren!" (Lebhafter Beifall.) Die Losung aber: Einmüthigkeit aller Reichsfreunde! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Miquel (aufs lebhafteste mit Beifall begrüßt). Ich sehe ein, daß meine Reise von Frankfurt nach Berlin unnöthig war. Die Reise soll mich aber nicht reuen, denn mit freudiger Genugthuung werde ich zurückkehren. Eine solche Versammlung unserer Partei wie heute habe ich seit 1866 nie gesehen. Wie kläglich sind die Mittel unserer Gegner, uns uneinig scheinen zu lassen. (Beifall.) Wie elend, Süddeutschland gegen Norddeutschland zu hetzen, mich und meinen Freund Bennigsen entzweien zu wollen. Es ist schon gesagt worden, das Neustädter Programm ist nichts neues, es ist das Aktionsprogramm (Beifall). Es sollte keine süddeutsch-partikularistische Erklärung sein, wenn man auch durch Zeitungsartikel es hat erweisen wollen. Wir müssen doch immer klarer werden über das Verhältniß der Parteien in den Einzelländern. Die Stellung unserer Partei zu den einzelnen Regierungen ist vielfach verschieden, deshalb muß auch die Taktik verschieden sein. Aber auch in der allgemeinen deutschen Politik müssen wir bedenken, daß mancherlei nicht gleichmäßig zu entscheiden ist. Wenn das Heidelberger Programm sagt, daß die Stellung zur Zollpolitik nicht Sache der Partei ist, so steht es auf dem Boden des alten Programms. Diese Freiheit des einzelnen erstreckt sich nach unserem Programm auch auf die agrarischen Zölle — Worin liegt denn nun die Bedeutung der Heidelberger Erklärung? Weil in ihr ausgesprochen ist, was vorher tausende gedacht haben. (Bravo!) Nicht allein, weil wir darin ausgesprochen haben, daß die Landwirthschaft unterstützt werden muß. Gestatten Sie mir, meine persönliche Meinung auszusprechen, die vielleicht noch nicht ganz die Ihre ist. Mein Freund Bennigsen hat schon ausgeführt, daß die deutsch-freisinnige Partei nicht den Staatszwang der Unterstützung will. Wird es möglich sein, diese Umformung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse friedlich durchzuführen? Wenn damals, als es sich um Umwandlung der feudalen Verhältnisse in bürgerliche handelte, eine friedliche Lösung möglich war, weshalb denn heute nicht? Viele meinen, wir steuern dem Individualismus zu — das Gegentheil ist richtig. Schritt für Schritt erweitern sich die Aufgaben der Gesammtheit. Wir wissen wohl, daß die Macht des Staates beschränkt ist, wir wollen auch die Selbstthätigkeit des einzelnen nicht hemmen. Aber von Jahrzehnt zu Jahrzehnt hat der Staat größere Aufgaben übernommen, ohne daß man es recht gemerkt hat. Und wenn Vereine, Kommunen, Einzelstaaten dieser Aufgabe sich unterziehen, dann soll das Reich es nicht? Das deutsche Bürgerthum hat Opferfreudigkeit genug, um die Lösung jener Aufgaben zu unterstützen. — Was nun die Parteischeidungen anbetrifft, so meine ich, sie werden allmälig schwinden. Der Liberalismus, der die Bewilligung eines Zolls für reaktionäre That bezeichnet, den der Staat aus aller Thätigkeit herausdrängen will, diesen Liberalismus erkenne ich nicht mehr an! (Lebhafter Beifall.) Eine starke Regierung, ein gutes Beamtenthum, unser gutes Bürgerthum zusammengenommen und wir werden alle Krisen überstehen! Warum sollen wir in dieser Aufgabe auf die anderen Stehen warten? — Nehmen wir diese Praxis an, so werden wir — ich bin servil genug, das zu bekennen — in nähere Fühlung mit der Regierung kommen; aber es kann nur im Interesse des Reiches liegen, wenn die Regierung sich auf eine gemäßigt liberale, positiv arbeitende Partei stützen kann. Wie die Partei sich entwickelt, wird von uns abhängen. Wir müssen erst den Muth haben zu sein, bevor wir auf die anderen Parteien sehen. Versuchen wir in den Wahlkreisen mächtig zu sein, dann werden wir auch mit den anderen Parteien paktiren können. Wenn jeder heute die Losung mitnimmt, wacker für die Partei zu arbeiten, dann wird dieser Tag zum Heile sein auch für unser geliebtes Vaterland. (Lebhafter, wiederholter Beifall)

Dr. Aub (Baiern) erklärt namens der bairischen Nationalliberalen rechts des Rheines, daß diese der heute verlesenen Erklärung rückhaltlos zustimmen und gedenkt anerkennend der Sympathie, welche die Erklärung dem Heidelberger Programm erweist. Wir wollen nichts besonderes, sondern nur was die deutsche nationalliberale Partei wollen muß. (Lebafter Beifall.)

Dr. Friedl (Weimar) giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der heutige Tag zum Besten des gesammten Vaterlandes ausschlagen werde.

Dr. Genfel (Leipzig): Die nationalliberale Partei hatte in Sachsen vor nicht langer Zeit den Vorwurf „Landesverräther" zu tragen — zu kämpfen hat die Partei dort ferner mit der Sozialdemokratie, dem partikularistischen Konservativismus und der doktrinären Sezession. Der schlimmste Feind aber ist die Gleichgiltigkeit, mit der wir in Sachsen zu kämpfen haben — einen tiefen Winterschlaf möchte ich es nennen und aus diesem Winterschlafe hat uns wie ein Frühlingsgruß die Heidelberger Erklärung aufgerüttelt. Daß dieser Frühlingsgruß reiche Früchte tragen wird, ist meine Hoffnung und Ueberzeugung. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen, worauf unter lebhaftestem Beifall die vorgelegte Erklärung einstimmig angenommen wird.

Der Vorsitzende schließt sodann um 3½ Uhr den Parteitag mit einem Hoch auf den Kaiser, in welches die Versammlung dreimal begeistert einstimmt.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

* Wien, 18. Mai, nachm. (Telegr.) Privatverkehr. Oesterr. Kreditaktien 316,80.

* Wien, 17. Mai. Wochenausweis der österr. Südbahn vom 6. bis 12. Mai 777,587 Fl., Mindereinnahme 53,665 Fl.

* New-York, 17. Mai. (Telegr.) Waarenbericht. Baumwolle in New-York 11½, do. in New-Orleans 11½. Mehl 3 D. 60 C. Rother Winterweizen loco 1 D. 1½ C., do. pr. Mai 1 D. 1¼ C., do. pr. Juni 1 D. 2⅛ C. do. pr. Juli 1 D. 4⅛ C. Mais (New) — D. 62½ C. Zucker (fair refining Muscovados) 5¼. Kaffee (fair Rio) 10½. Schmalz (Wilcox) 8,60 do. Fairbanks 8,62. Speck — Getreidefracht 1½. Getreidefracht 1½.

Petroleum. * Bremen, 17. Mai. (Schlußbericht.) Steigend. Standard white loco 7,40 bez. u. Käufer, pr. Juni 7,45 bez. u. Käufer, pr. Juli 7,55 bez. u. Kf., per August 7,70 bez. u. Kf., pr. August-Dezem. 7,85 à 7,90 bez. u. Käufer. * Hamburg, 17. Mai. Fest. Standard white loco 7,70 Brief, 7,60 Geld, per Mai 7,50 Geld, per August-Dezember 7,90 Geld. * Stettin, 17. Mai. Loco 8,05 Mark. * Berlin, 17. Mai. (Raffinirtes Standard white) per 100 Klgr. mit Faß in Posten von 100 Ctr. Termine fester. Gekünd. — Ctr. Loco 24 Mk., Kündigungspr. —,—, per diesen Monat 23,5 M., pr. Mai-Juni —,—, —, pr. Juni-Juli —,—, pr. August-Septem. —,—, pr. Septem.-Oktob. 23,9 Mk.

* Antwerpen, 17. Mai. nachm. (Telegr.) Schlußbericht. Raffinirtes Type weiß, loco 18½ bez. und Brief, pr. Juni — bezahlt, 18½ Brief, pr. Juli — bez., 19 Brief, pr. September-Dezember — bez., 20½ Br. Steigend. * New-York, 17. Mai. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in New-York 8⅛ Gd., do. do. in Philadelphia 8 Gd., rohes Petroleum in New-York 7, do. Pipe line Certifikates — D. 79¼ C.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.